

Gefährliche Territorialansprüche

„Adieu, Europa“ vom 5. August
Gregor Dotzauer macht deutlich, wie stark nationalistische Bewegungen in Osteuropa, namentlich Ungarn und Polen, sind. Bedauerlicherweise geht diese Entwicklung inzwischen darüber hinaus. Sie beherrscht sogar Dänemark und Schweden, von hypernationalistischen Balkan-Ländern gar nicht erst zu reden.

diese Gebiete wieder zu Ungarn gehören, könne es in dieser Region Frieden geben. Dementsprechend fordert Viktor Orbán immer wieder in ebenso lauten wie programmatischen Reden, dass die Grenzen des Landes nach Süden hin revidiert werden müssten, insbesondere die nach Rumänien. Er und seine Regierung seien bestrebt, dieses ehemals ungarische Gelände „zurückzuholen“.

— Dr. Ingo Fessmann, Berlin-Wilmersdorf

Nichts pendelt sich ein

„Berlin hat die Entwicklung verschlafen“ vom 11. August
Herr Büniger stellt die fatale Situation für den Pendlerverkehr aus dem Umland und in der Folge für Berlinerinnen und Berliner eindrucksvoll dar und schildert verschiedene Ansätze, diese missliche Lage zu entschärfen. So banal es klingt, der Satz „Aber was der Senat nicht will, das will er offensichtlich nicht.“ trifft fast den Nagel auf den Kopf: Ganz aktuell soll der Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg (LEP B B) 2019 durch den Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) ersetzt werden, und man staunt auf den Internetseiten der Landesregierung nicht nur über „Das Leitbild der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg“, sondern nimmt überrascht zur Kenntnis: „Mit dem Leitbild haben sich beide Länder zu einer gemeinsamen Entwicklung bekannt. Sie haben sich Ziele gesetzt und Schritte zu ihrer Umsetzung beschrie-

ben. Das Leitbild (...) richtet sich nicht allein an die Politik, sondern gleichermaßen an Bürgerinnen und Bürger, Verwaltungen, Medien, an die Wirtschaft, Träger von Bildung, Wissenschaft und Kultur sowie an öffentliche und gesellschaftliche Organisationen.“ Da passt doch mehr der Satz: „Aber was der Senat will, das will er offensichtlich nicht.“ Allerdings handeln bereits über 300 000 Bürgerinnen und Bürger nach der Maxime des LEP HR und entwickeln völlig ungeplant die Metropolregion von Berlin. Derweil will der Senat die Stadt mit der zweitgrößten Einwohnerdichte weiter mit Einwohnern, Industrie und Gewerbe vollstopfen unter dem Motto der „wachsenden Stadt“. Es wird Zeit, dass der Senat aufwacht, seine eigenen Pläne liest und umsetzt, damit Leben und Arbeit in und um Berlin attraktiv bleibt oder wieder wird.

— Dr. Helmut Schmidt, Berlin-Lankwitz

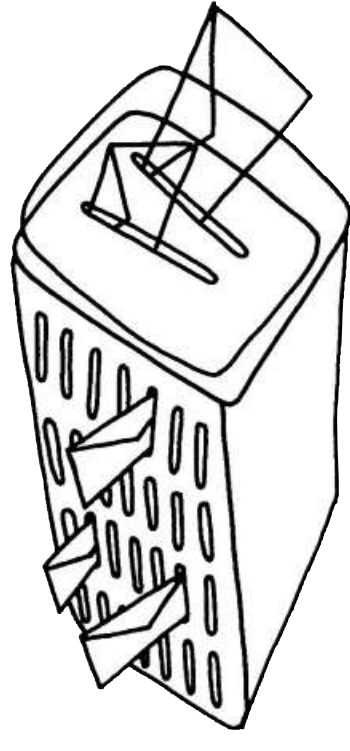
Die Ohnmacht der Justiz

„In Sippenhaft“ vom 15. August
Bezugnehmend auf Ihren Artikel über den arabischen Clan R. möchte ich mich als langjähriger kriminalpolizeilicher Ermittler äußern. Viele der dargestellten Fakten kann ich durch eigene Ermittlungstätigkeit bestätigen. Ich weiß, welch intensiver Ermittlungsaufwand bis an die Grenzen der Belastbarkeit betrieben wurde, wie viel unzählige Überstunden geleistet wurden, welchen Gefahren einige eingesetzte Polizeibeamte ausgesetzt waren, um trotz aller Widrigkeiten Ermittlungsfolge zu erzielen und die Macht der Clans zumindest in Ansätzen zu begrenzen. Deshalb ist es für mich und meine Kollegen besonders verständlich, dass der von Ihnen benannte Toufic R., welcher einen Millionenchaden in der Sparkasse Mariendorfer Damm verursacht und das gesparte Vermögen vieler Bür-

ger vernichtet hat, sich nicht mehr im geschlossenen Vollzug befindet. Im Mai 2016 zu acht Jahren Freiheitsentzug verurteilt befindet er sich 1 1/2 Jahre später, bereits im Dezember 2017 im offenen Vollzug. Das heißt, er ist tagsüber bei seiner Familie, eventuell bei der Arbeit und genießt seine Freiheiten. Nur nachts geht er zum Schlafen in den offenen Vollzug. Er hat zur Aufklärung der Straftat in keimster Art und Weise beigetragen. Die Mittäter blieben ungenannt, das Vermögen verschwunden. Wir werden der Macht der Clans - und damit meine ich nicht nur die Familie R. - nicht begegnen können, wenn der Staat sich bei schwersten Straftaten derart tolerant erweist und den offenen Vollzug gewährt, welchen uns bekannte Straftäter mitnichten als Strafe empfinden.

— R. Sonder, Berlin

Potsdam war anders



„Heimatlos im eigenen Zuhause“ vom 12. August

Der Beitrag von Herrn Effenberg verdient eine Erwiderung. Zunächst, weil ich 1971 in Potsdam geboren und hier lebend, mich nicht als „Migrant“ fühle und in meinem Umfeld vieler alter Potsdamer von diesem Gefühl noch nicht gehört habe. Vielleicht liegt das daran, dass meine Familie und mein Freundeskreis nicht systemnah waren. Hinzu kommt sicher auch, dass ich in einem Umfeld aufgewachsen bin, das die schonungslosen, teilweise brutalen und ohne jeden gesellschaftlichen Diskurs vorgenommenen Veränderungen der Stadt hin zu einer sozialistischen Bezirks-hauptstadt kritisch gesehen habe. Migranten (Auswanderer) habe ich früher viele kennengelernt. Das waren ehemalige Potsdamer, Tanten und Onkel von mir, Mitschüler, Freunde oder Bekannte meiner Eltern und Großeltern, die in Potsdam geboren oder Jahre hier gelebt hatten und Potsdam bis zum 13. August 1961 verlassen haben. Ihnen war die Stadt fremd, teilweise sogar bedrohlich geworden, weil sie sich nicht anpassen wollten, diskreditiert und teilweise auch verfolgt wurden. Viele von ihnen zog es nach Westberlin, einige auch in die Bundesrepublik. Aus meiner Sicht darf nicht vergessen werden, wie viele Potsdamerinnen und Potsdamer aus dieser sozialistischen Bezirks-hauptstadt unfreiwillig „ausgewandert“ sind und in den Jahren von 1961 bis 1989 durch gezielte Ansiedlung verschiedener Einrichtungen (Akademie für Staat und Recht, Pädagogische Hochschule, der NVA-Standorte usw.) viele systemnahe Familien neu in die Stadt kamen. Ich möchte mir heute nicht vorstellen, wie Potsdam mittlerweile aussehen würde, wenn vor knapp 30 Jahren nicht die Mauer gefallen wäre. Gleichwohl kann man über viele Punkte der Stadtentwicklung streiten; zahlreiche Bauprojekte haben die Stadt sicher nicht verschönert. Es waren aber demokratische Entscheidungen, die einen insgesamt behutsamen Wiederaufbau ermöglicht haben. Jenseits dieses Teiles des Essays ist es richtig, darüber zu sprechen und zu fragen, wohin sich Potsdam entwickelt. Mit dem Abriss

der Fachhochschule entscheidet sich aber nicht, ob in Potsdam zukünftig notwendige Freiräume für Künstler und Freischaffende, notwendige kostenfreie Angebote für Schüler und Jugendliche usw. vorhanden sein werden oder nicht. Diese wichtige gesellschaftliche Diskussion, die auch Fragen des sozialen Zusammenhalts beinhaltet, muss aus dem ideologischen Graben raus. Wir müssen in der Stadt um diese Orte ringen. Verklärung und Verharmlosung der DDR-Vergangenheit bringen uns dem aber nicht näher.

— Wolfram Kolodziej, Potsdam

Herr Effenberg, der beim Fall der Mauer geschätzte 10-12 Jahre alt war und damit die längste Zeit seines Lebens im wiedervereinigten Deutschland und dem wieder aufgebauten, restaurierten Potsdam lebt, fühlt sich seiner Heimat beraubt. Die Umgebung seiner Kindheit - Bertinstraße - beschreibt er als eine Idylle, die unwiederbringlich vernichtet worden ist. Eine Beschreibung, die jeder, der diese Straße und deren Umgebung

gleich nach der Wende erlebt hatte, objektiv als Hohn empfinden muss. Die Bertinstraße und ihre Umgebung war Grenzgebiet und mit all den baulichen „Schönheiten“, zu denen die DDR fähig war, ausgestattet. Die Uferstraße entlang der Havel betonmäßig plattgemacht, um Panzerfahrzeuge ein rasches Durchkommen zu ermöglichen, vermintes Grenzgebiet, Wachtürme und ab der alten Meierei entlang der Bertinstraße die Mauer bzw. Grenzzäune. Eine wahre Idylle made in the DDR. Aus all dieser Tristesse - von der politischen Tristesse einmal abgesehen - schauten die wenigen Neubauten, die die DDR in 41 Jahren fertig gestellt hatte, wie Fremdkörper hervor. Funktionell intakt, aber überwiegend so hässlich wie all dieser Art von Wohnsilos, wie sie ab den 60 Jahren weltweit gebaut wurden - insofern kann von sozialistischer Architektur nun wahrlich nicht die Rede sein, wie der Autor meint. Wenn er beweint, dass ihm aufgrund des Abrisses der Fachhochschule und der Schwimmhalle am Brauhausberg und anderer DDR-Bauten und der vielen zugezogenen Neubürger Potsdams seine Heimat verloren gegangen sei, möge er sich doch einmal die Situationen seiner Eltern, vor allem seiner Großeltern vor Augen halten, denen ihr Potsdam in Schutt und Asche gelegt worden war und die mit anschauen mussten, wie entgegen vieler Proteste der Anwohner u.a. das historische Stadtschloss und die Garnisonkirche abgerissen wurden und die historische Bausubstanz Potsdams, die den Krieg überlebt hatte, über die Jahre, die die DDR währte, systematisch dem Verfall preisgegeben wurden. Gleichzeitig mussten sie sich mit den unzähligen Zugezogenen aus Sachsen, Flüchtlingen u. a. arrangieren. Wie wird es um deren Seelenheil bestellt gewesen sein? Da verwundert es nicht, dass Bürger der DDR oftmals „in die innere Immigration“ gingen. Wer hat schon das Privileg, den Ort seiner Kindheit 30 Jahre später noch genauso wie ehemals vorzufinden - oder wie er glaubt, dass er in seiner kindlichen Erinnerung aussah!

— Axel Schwarzberg, Schwielowsee

Auf dem Arbeitsmarkt ist noch viel zu tun

„Große Baustelle“ vom 29. Juli
Grundsätzlich möchte ich mit dem Mythos aufräumen, dass alle Arbeitsverhältnisse im Rahmen von Überlassung schlechter bezahlt sind als Jobs in Festanstellung. Gerade im Bereich „medical“, den wir u. a. besetzen, sind die Löhne in der Arbeitnehmerüberlassung sogar oft deutlich besser als bei Festangestellten. Die Bezahlung in der Leiharbeit liegt bei uns meist um 10 Prozent über Tarif! Auch ist es nicht so, dass die Arbeitsbedingungen bei Überlassung per se ungünstiger sind als bei Festangestellten - unsere Arbeitnehmer werden alle in einem festen sozialversicherungsrechtlichen Anstellungsverhältnis für uns tätig und erhalten eine Vergütung nach dem BAP-Tarifvertrag. Um den Bogen zur immer wieder favorisierten Festanstellung zu schlagen, muss ich hinzufügen, dass z. B. gerade die Gruppe der im Artikel erwähnten Ü55 enorm von der Zeitarbeit

profitiert. Sie hat nämlich sonst auf dem Arbeitsmarkt aufgrund ihres Alters leider kaum noch eine Möglichkeit, über eine reguläre Bewerbung in die engere Auswahl zu kommen. Und die Chancen, übernommen zu werden, stehen nicht schlecht: In der Leiharbeit werden gut 70 Prozent aller Mitarbeiter innerhalb von sechs Monaten von unseren Kunden fest übernommen. Wir bieten damit im Prinzip ein Sprungbrett in ein neues, festes Arbeitsverhältnis! Zudem kommt die Attraktivität der Leiharbeit in Bezug auf den flexiblen Einsatz der Mitarbeiter nicht nur dem Arbeitgeber zugute - auch viele Arbeitnehmer schätzen dieses Modell, um vielfältige Erfahrungen zu sammeln. Menschen, die wir vermitteln, profitieren von genau diesem Arbeitsmodell und der Möglichkeit eines „ersten Kennenlernens an der job“ und sind entsprechend hoch motiviert. Gerade, weil es zu unserem Konzept gehört, uns besonders

viel Zeit für den Menschen und seine beruflichen Wünsche zu nehmen und diese mit entsprechenden Unternehmen zu matchen, können wir den genannten 818 000 Langzeitarbeitslosen helfen. In der direkten Jobvermittlung haben wir z. B. in Berlin vergangenes Jahr knapp 120 Menschen im Bereich Fach- und Führungskräfte vermittelt. Natürlich gebe ich Frau Rövekamp recht, dass auf dem Arbeitsmarkt noch viel zu tun ist, und wie die Art der Arbeitszeitmodelle weiterentwickeln müssen. Doch ich denke, dass eine differenzierte Sichtweise, die den Menschen mit seiner komplexen Persönlichkeit mit einbezieht, ein nicht so düsteres Bild malt, wie es die reinen Fakten tun. Die Zukunft braucht also nicht nur flexible, offene (Arbeits-)Modelle, sondern auch eine ebensolche Denkweise.

— Frank Lambert, Geschäftsführer „home of jobs“, Berlin-Mitte

KURZ & BÜNDIG

SICHERHEIT IST TEUER
„Mit Sicherheit ins Chaos“ vom 10. August
Für die Sicherheit der Bürger ist der Staat verantwortlich. Also kann und darf diese Aufgabe nicht leichtfertig und oft unkontrolliert abgegeben werden. Gleichermassen trifft aber auch die Verantwortung die Nutzer, die nach dem Prinzip „Geiz ist geil“ wenig und noch weniger für einen Flug bezahlen wollen. Auch diese Entscheidungen können zu erheblichen Sicherheitsproblemen im Flugverkehr führen. Natürlich ist es gerechtfertigt, dass für eine gute Leistung auch gutes Geld gezahlt werden muss. Diese Forderung stellen ja die Fluggäste auch an ihre Arbeitgeber. Dieser Kreislauf muss endlich durch politische Entscheidungen unterbrochen werden, bevor es zu wirklichen Sicherheitsfehlern kommt. Wer auf dem Flughafen warten muss, hat zu wenig bezahlt, aber Sicherheit in der Luft ist nur mit Qualität zu leisten.

— Christian Klahr, Berlin-Hoppegarten

SCHLAGER UND QUIZSCHWACHSINN
„Ja, die ARD muss sich ändern“ vom 5. August
Der Überschrift stimme ich zu, den Forderungen des Autors aber in keiner Weise. Er verweist auf das weltweite Korrespondentennetz der ARD - finde ich gut -, aber warum ist die ARD nicht in der Lage, wie die BBC oder CNN ein solides Nachrichtenprogramm zu etablieren? Tagesschau 24 und Phönix sind doch keine ernsthaften Angebote, sondern billige Platzfüller.

Warum begibt sich die ARD in Konkurrenz zu den Privaten und treibt z.B. die Preise für Fußballübertragungsrechte in die Höhe? Aufgabe der ARD sollte es sein, den nicht so kommerzialisierten Sport dem interessierten Publikum darzubringen. Die Fußballmillionäre werden schon einen Sender finden, der ihre aberwitzigen Gehälter zahlt. Politmagazine wurden auf 30 min. gekürzt, statt sie auszubauen. Stattdessen Schlager- und Quizschwachsinn auf allen dritten Programmen. Samstags Talkshowschwachsinn auf allen Sendern anstatt sich mit dem Grundauftrag zu beschäftigen: Ausgewogene Information. Wenn die Zuschauer/-hörerinnen der ARD nur Sport- und Schlagerbeiträge bekommen, gibt es einen bestimmten Prozentsatz, der das auch schaut/hört, da es ja keine Alternative gibt. Die ARD sollte die Alternative sein: Information, Hintergründe, Kultur. Die Schweizer haben natürlich für ihren mehrsprachigen Sender gestimmt, da bei wenigen Millionen Zuschauern mit mehreren Sprachen eine Verschlechterung des Angebots droht hätte, in dieser Situation ist die ARD nicht, sie kann alle Schlagersendungen in Deutsch abhalten.

— Torsten Hübler, Berlin-Schöneberg

ADRESSE

VERLAG DER TAGESSPIEGEL
Leserbriefe
10876 Berlin
TEL (030) 29021-14444
PER E-MAIL erreichen Sie uns unter:
leserbriefe@tagesspiegel.de
leserbilder@tagesspiegel.de

Bitte vermerken Sie auch bei E-Mails Ihre vollständige Anschrift. Die Redaktion behält sich Kürzungen der eingesandten Briefe vor. Weitere Lesermeinungen finden Sie unter www.tagesspiegel.de unter den jeweiligen Artikeln.

AUF DIESER SEITE MONTAG GESUND DIENSTAG LERNEN MITTWOCH BERLINER WIRTSCHAFT DONNERSTAG HELFEN FREITAG FAMILIE SONNABEND KINDERSEITE SONNTAG LESERMEINUNG

Subscription form for Tagesspiegel with fields for name, address, phone, email, and payment options.

Advertisement for Tagesspiegel featuring a large headline 'Jetzt 4 Wochen Probelesen und 35% sparen', a 25€ gift certificate, and an image of the newspaper.